



Stadt Neu-Anspach

Eing.: 03. April 2019

Abtl.: \_\_\_\_\_

## Antrag der SPD-Fraktion

Neu-Anspach den 02. April 2019

An den

Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Neu-Anspach

Rathaus

61267 Neu-Anspach

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten folgenden Antrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen:

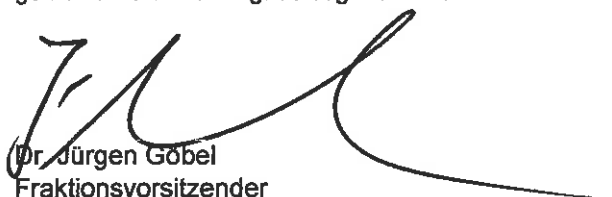
### Beschlussvorschlag

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung fordert die hessische Landesregierung dazu auf, die Polizei- und Ordnungsbehörden sowie die Justizbehörden in Hessen insbesondere im Usinger Land sowohl in personeller als auch in materieller Hinsicht besser zur Erfüllung ihrer Aufgaben auszustatten.
- 2) Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Stadt Neu-Anspach,
  - a. In Zusammenarbeit mit den Polizei- und Ordnungsbehörden zu eruieren, ob sich in Neu-Anspach kritische Bereiche hinsichtlich Ordnungswidrigkeiten und/oder Straftaten befinden und wenn ja welche dies sind.
  - b. Zu prüfen, ob eine punktuelle Videoüberwachung an diesen Orten rechtlich zulässig ist und welchen finanziellen Aufwand dies für die Stadt Neu-Anspach bedeuten würde.
  - c. Zu prüfen, ob es die Haushaltssituation der Stadt zulässt, eine zusätzliche Stelle für einen weiteren Ordnungspolizisten zu realisieren
  - d. In Verhandlungen mit der Landespolizei einzutreten, um in Neu-Anspach verstärkt freiwillige Polizeihelfer im Sinne des HFPG einsetzen zu können

### Begründung

In den ersten Monaten des Jahres 2019 kam es zu einigen Vorfällen innerhalb des Stadtgebietes von Neu-Anspach wie etwa die zweimalige Zerstörung des Waldkindergartens in Hausen-Arnzbach, die das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger spürbar beeinträchtigt haben. Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine Angelegenheit des Landes (s. auch §81 HSOG), sodass hier primär Abhilfe zu suchen ist. Hierzu gehört neben einer besseren Ausstattung der Polizei- und Ordnungsbehörden zur Gefahrenabwehr ebenso eine Aufstockung der Justizbehörden, damit begangene Straftaten zügig abgeurteilt werden können.

Allerdings erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht auch eine adäquate Reaktion der Stadtverordnetenversammlung, die sich nicht in Pauschalverurteilungen einzelner Bevölkerungsgruppen erschöpft. Daher soll dieser Antrag Basis für eine auf Fakten beruhenden Diskussion sein und gleichzeitig einen Denkanstoß für mögliche Lösungsansätze darstellen. Zwar ist es begrüßenswert, dass auch im Rahmen der "Kompass"-Beratungen solche Überlegungen angestellt werden sollen, doch besteht schon jetzt Handlungsbedarf. Die unter Ziffer zwei des Beschlussvorschlages erstellte Liste erhebt dabei auch keinen Anspruch auf erschöpfende Vollständigkeit. Die SPD-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, wenn hierzu weiter Ergänzungsvorschläge und Ideen seitens der anderen Fraktionen vorgelegt werden und insoweit die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung als gemeinschaftliche Aufgabe begriffen wird.

  
Dr. Jürgen Göbel  
Fraktionsvorsitzender